

15.10.2019

EX-POST-BEITRAG

RAN-Studienreise: „Opferorientierte Justiz in Kroatien“

12. - 13. September 2019, Zagreb (HR)

Studienreise nach Zagreb: Opferorientierte Justiz in Kroatien

Eine gemischte Gruppe aus praktisch Tätigen des Radicalisation Awareness Network (RAN) und Experten auf dem Gebiet der opferorientierten Justiz besuchte die Stadt Zagreb, um einen Einblick in die Abläufe und Hintergründe der opferorientierten Justiz in Kroatien zu gewinnen. Politische EntscheidungsträgerInnen, Justizbehörden und MediatorInnen erläuterten ihren Ansatz und die ForscherInnen analysierten die Situation in Kroatien. Dieser Artikel bietet einen Überblick über die bei dieser Studienreise gewonnenen Einblicke und Erkenntnisse.

Wesentliche Erkenntnisse. Das Verfahren der opferorientierten Justiz ist in Kroatien im Jugendrecht verankert und kommt daher in diesem Bereich zum Tragen, sein Geltungsbereich könnte jedoch auf andere Bereiche wie Hassdelikte oder gewaltbereiten Extremismus ausgedehnt werden.

Wichtigste festzuhaltende Punkte. Auch wenn die Voraussetzungen für die Ausdehnung opferorientierter Justiz auf andere Bereiche gegeben sind, kann sie aufgrund sozialer und kultureller Sensibilitäten möglicherweise dennoch nicht realisiert werden. Opferorientierte Methoden (d. h. Elemente der opferorientierten Justiz) können genauso wichtig sein wie das offizielle Verfahren der opferorientierten Justiz. Es gibt keine einheitliche Definition der opferorientierten Justiz und keinen Einzelansatz, der in jedem Rahmen umgesetzt werden kann.

Einleitung

Die opferorientierte Justiz wird als ein umfassender Ansatz betrachtet, der das Ziel verfolgt, durch Straftaten oder andere Verstöße verursachte Schäden so weit wie möglich zu beheben. Sie wird bei der Rehabilitation/Wiedereingliederung von StraftäterInnen eingesetzt, die schwere, oft grausame Verbrechen begangen haben, welche sich destabilisierend auf die Gemeinschaft auswirken. In den letzten Jahrzehnten wurde die opferorientierte Justiz als eine mögliche Reaktion auf politische Gewalt und große Konflikte erkannt. Ein Kernelement der opferorientierten Justiz ist die aktive Beteiligung von Opfer, TäterIn und Dritten (z. B. der Gemeinschaft).

Dieser Beitrag gibt einen theoretischen (und historischen) Überblick über die opferorientierte Justiz in Kroatien und stellt die Verfahrensschritte der opferorientierten Justiz dar. Es wird zudem die Haltung der Gesellschaft gegenüber Radikalismus und die Arbeit mit Opfern und TäterInnen untersucht.

Das System der opferorientierten Justiz in Kroatien

Hintergrund

Derzeit wird in Kroatien die opferorientierte Justiz ausschließlich für junge und jugendliche StraftäterInnen angewandt, sie hat aber auch in der jüngeren Geschichte des Landes eine wesentliche Rolle gespielt. Opferorientierte Methoden kamen während des bewaffneten Konflikts von 1991 bis 1995 und unmittelbar danach zum Einsatz, als zivilgesellschaftliche Organisationen in Flüchtlingslagern und Gemeinschaften, die Konflikte erlebt hatten, als Vermittler auftraten und gewaltfreie Formen der Konfliktlösung anwendeten.

Zwischen 1996 und 2001 unterstützte das UNICEF-Büro für Kroatien das dortige Ministerium für Arbeit und Soziales bei der Durchführung des Programms „Helping children and young people with behaviour disorders in after-war conditions“ (Hilfe für Kinder und Jugendliche mit Verhaltensstörungen unter Nachkriegsbedingungen). Von 2000 bis 2003 beschäftigte sich ein weiteres von UNICEF unterstütztes Projekt mit außergerichtlicher Konfliktbeilegung, das mit der Gründung des Kroatischen Verbands für außergerichtliche Beilegung und Vermittlung in Strafverfahren seinen Höhepunkt fand.

Der Kroatische Verband für außergerichtliche Beilegung und Vermittlung in Strafverfahren wurde im Jahr 2003 gegründet. Neben der Sensibilisierung für die opferorientierte Justiz besteht sein Hauptziel in der Förderung der Vermittlung zwischen Opfern und TäterInnen bei der Lösung von Konflikten, die im Zusammenhang mit Straftaten von Minderjährigen und jungen Erwachsenen stehen. Er besteht aus rund 40 Fachkräften (SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen), ausgebildeten MediatorInnen und WissenschaftlerInnen.

Während des EU-Beitrittsprozesses wurde die Vermittlung bei jugendlichen StraftäterInnen (die aus dem Projekt „Alternative interventions for juvenile offenders — out-of-court settlements“ (Alternative Interventionen für jugendliche StraftäterInnen — außergerichtliche Beilegung) hervorgegangen ist) zur einzigen offiziell anerkannten Form der opferorientierten Justiz in Kroatien.

Nach 2013 wurde eine neue Jugendgerichtsordnung verabschiedet und die Mediation zwischen Opfern und TäterInnen wurde als opferorientierte Methode in das kroatische Jugendjustizwesen aufgenommen. Die MediatorInnen müssen vor der Aufnahme ihrer Arbeit eine einjährige Ausbildung absolvieren, und alle Tätigkeiten werden in Partnerschaft mit der Staatsanwaltschaft und den Sozialhilfzentren durchgeführt. Bislang wurden in Kroatien über 1 400 Mediationen zwischen Opfern und TäterInnen mit einer Erfolgsquote von 70 % bis 80 % durchgeführt. ⁽¹⁾

¹ Nach der Präsentation von Anja Miroslavjevic.

Der Jugendgerichtsordnung (2011) zufolge haben Staatsanwälte, die im Minderjährigenstrafrecht tätig sind, die Möglichkeit, für Straftaten, die mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu 5 Jahren geahndet werden können, kein Strafverfahren einzuleiten. Stattdessen kann der Staatsanwalt den Täter bzw. die Täterin verpflichten, sich einem außergerichtliche Beilegungsverfahren zu unterziehen. ⁽²⁾

Der unabhängige Dienst zur Unterstützung von Opfern und Zeugen

Der unabhängige Dienst zur Unterstützung von Opfern und Zeugen ist Teil des Justizministeriums und seine Hauptziele sind:

- Bereitstellung von Informationen und Unterstützung für Opfer und ZeugInnen bei grenzüberschreitenden Fällen und Kriegsverbrechen (informativ);
- Bereitstellung von Informationen für die Opfer über die (reguläre oder bedingte) Haftentlassung von StraftäterInnen.

Der Dienst stellt ein nationales Callcenter zur Verfügung, über das Opfer von Straftaten Kontakt mit den Behörden aufnehmen können, um Unterstützung zu erhalten. In den meisten Fällen wird die Unterstützung von Opfern und ZeugInnen jedoch erst nach Einleitung eines Strafverfahrens in Gang gesetzt. Sobald der Kontakt mit den Opfern hergestellt ist, werden sie unterstützt und an die zugehörige Nichtregierungsorganisation (NRO) verwiesen. Diese NRO bieten die gleichen Dienstleistungen an wie der Dienst zur Unterstützung von Opfern und ZeugInnen. Sie kann auch (auf freiwilliger Basis) beschließen, zusätzliche Maßnahmen der opferorientierten Justiz anzubieten.

Die Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft legt das Strafverfahren für Fälle fest, an denen Jugendliche und junge Erwachsene beteiligt sind. Viele Klagen, die geringfügige Verstöße betreffen, werden bedingungslos abgewiesen (50 % bis 60 %). Von den vor Gericht anhängigen Fällen, für die besondere Auflagen erfüllt werden müssen, werden 13 % an die Mediation zwischen Opfern und TäterInnen verwiesen. StraftäterInnen, die ein (möglicherweise durch gewaltbereiten Extremismus motivierten) Hassdelikt begangen haben, können nach einer vorläufigen Maßnahme für eine Mediation zwischen Opfern und TäterInnen zugelassen werden.

„In Bezug auf durch Hass motivierte Straftaten sollten die Opfer keiner Reviktimisierung ausgesetzt werden, daher verbinden wir die Mediation zwischen Opfern und TäterInnen mit anderen Auflagen – zum Beispiel einer Beratung oder einem Theaterbesuch [...] –, welche die TäterInnen zum Nachdenken bringen.“

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Fälle, die durch Hass motivierte Straftaten betreffen, für eine Mediation in Frage kommen, da sie meist als schwerwiegender eingestuft und in der Regel an das Justizministerium verwiesen werden. Bislang wurden diese Fälle nicht für eine Mediation zwischen Opfern und TäterInnen in Betracht gezogen.

² Marsavelski, A. (2012). Alternatives to custody for young offenders: National report on juvenile justice trends: Croatia. Brüssel, Belgien: Projekt der Europäischen Union. Abgerufen von http://www.oijj.org/sites/default/files/baaf_croatia1.pdf

Kriterien für eine erfolgreiche Mediation/außergerichtliche Beilegung zwischen Opfern und TäterInnen

1. Der jugendliche Straftäter bzw. die jugendliche Straftäterin sieht sich selbst als für die Straftat verantwortlich.
2. Sowohl das Opfer als auch der Täter bzw. die Täterin erklären sich mit der Teilnahme am Mediationsverfahren einverstanden.
3. Eine Vereinbarung wird zwischen beiden Parteien getroffen und unterzeichnet.
4. Die Vereinbarung wird erfüllt.
5. Das (erfolgreiche) Ergebnis der Mediation wird dem Staatsanwalt für Minderjährige gemeldet.
6. Der Staatsanwalt beschließt, kein Strafverfahren einzuleiten.⁽³⁾

Das Sozialfürsorgezentrum Zagreb

Das Zentrum erfüllt folgende Aufgaben:

- in erster Instanz Feststellung der für einen Fall geltenden sozial-, familien- und strafrechtlichen sowie ggf. weiteren Bestimmungen;
- Bereitstellung von Informationen über familiäre Umstände sowie Abgeben von Stellungnahmen und Einreichen von Anträgen in familien- und strafrechtlichen Gerichtsverfahren;
- Auftreten als Partei oder Streithelfer vor Gericht und anderen staatlichen Stellen, um die persönlichen Interessen von Kindern und anderen von einem Fall betroffenen Familienmitgliedern zu schützen, die ihre Rechte und Interessen nicht selbst vertreten können.

Zu den MitarbeiterInnen des Sozialfürsorgezentrums Zagreb gehören MediatorInnen, die Programme zur Mediation zwischen Opfern und Tätern durchführen. Das Mediationsverfahren sollte so aufgebaut sein, dass es zügig durchgeführt wird, und sollte idealerweise drei Sitzungen umfassen:

1. ein Treffen mit dem/der TäterIn;
2. ein Treffen mit dem Opfer;
3. die eigentliche Mediationssitzung, in der weitere Maßnahmen vereinbart werden können (Entschuldigung, Entschädigung usw.)

Die MediatorInnen waren der Ansicht, dass diese Zeit in den meisten Fällen für eine erfolgreiche Mediation zwischen Opfern und TäterInnen ausreichte. Es wurde jedoch angemerkt, dass eine durch Hass (oder gewaltbereiten Extremismus) motivierte Straftat einen viel umfassenderen Ansatz mit unterschiedlichen Maßnahmen erfordere. Bislang liegen für diesen Kontext keine Beispiele für Maßnahmen einer opferorientierten Justiz vor, die betreffenden praktisch Tätigen sind jedoch mit den entsprechenden Optionen vertraut und bereit, sie zu nutzen. Allerdings müssten die geltenden Rechtsvorschriften zunächst überarbeitet werden.

Opferorientierte Justiz in Kroatien: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Hintergrund und Forschung

Die opferorientierte Justiz wird als eine mögliche Reaktion auf politische Gewalt und große Konflikte erkannt. Wesentliches Element der opferorientierten Justiz ist die aktive Beteiligung von Opfer, TäterIn und Dritten (z. B. der Gemeinschaft).

In den letzten Jahren haben die Initiativen zur opferorientierten Justiz im Zusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) zugenommen. Opferorientierte Justiz im Zusammenhang mit P/CVE wird – wenn sie als eine Form der Kommunikation wahrgenommen wird, die „schwierige“, aber respektvoll geführte gesellschaftliche Diskussionen zulässt – als sanftere Alternative zu restriktiven „Gegenmaßnahmen“ angesehen. Sie gibt einer Gemeinschaft oder Gesellschaft die Möglichkeit, traumatische

³ Dünkel, F., Horsfield, P. & Păroșanu, A. (2015). *European research on restorative juvenile justice — Vol. 1, Research and selection of the most effective juvenile restorative justice practices in Europe: Snapshots from 28 EU Member States*. Brüssel, Belgien: International Juvenile Justice Observatory. Abgerufen von http://www.ejjc.org/sites/default/files/volume_i_-_snapshots_from_28_eu_member_states.pdf

Ereignisse auf ihre eigene, individuelle Weise zu verarbeiten und so Einfluss darauf zu nehmen, wie diese Ereignisse interpretiert und bewertet werden.

Der soziale Wiederaufbau in den vom Krieg betroffenen Gemeinden sowie die kollektive Aufarbeitung und die Normalisierung der Beziehungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Kroatien hatten einen immensen Einfluss auf die Rolle der opferorientierten Justiz in der Gesellschaft. Aufgrund der unterschiedlichen Weltanschauungen der Konfliktparteien war es schwierig, nach dem Konflikt opferorientierte Methoden anzuwenden. Die schwere Traumatisierung durch den Konflikt führte zu einem Mangel an Vertrauen in die Gemeinschaft – dem wohl verwundbarsten Aspekt der Gemeinschaften. Das Problem bestand darin, die verschiedenen Standpunkte in Einklang zu bringen und festzustellen, welche Gruppe Opfer und welche Täter war. Viele KroatInnen haben das Gefühl, dass ihr Trauma von den SerbInnen nicht ausreichend anerkannt wurde, während viele SerbInnen sich kollektiv beschuldigt fühlen. Diese beiden Sichtweisen kollidieren in unterschiedlichen und komplexen Standpunkten, Entwicklungen und Bedürfnissen, in Bezug auf welche sich in einer Gemeinschaft nur schwer Einigung erzielen lässt. Diese Ereignisse sind Teil der Gründe, weshalb gewaltbereiter Extremismus in Kroatien ein so sensibles Thema ist.

Untersuchungen zeigen, dass junge KroatInnen eine beträchtliche soziale Distanz zu SerbInnen und der Minderheit der Roma wahren und gleichzeitig eine insgesamt positive Haltung gegenüber KroatInnen und Deutschen einnehmen. Autoritarismus wird positiver betrachtet als Nationalismus, und das stärkste Vertrauen genießen Polizei, Armee und Kirche (unpolitische, stark hierarchische Institutionen). Man könnte von einer „desillusionierten“ Generation sprechen, einer allgemeinen Verschlechterung des sozialen Status junger Menschen im Vergleich zur Situation vor 10 bis 15 Jahren. Diese führt wahrscheinlich zu einem weiteren Rückgang des Vertrauens junger Menschen in die Gesellschaft, zu einem Rückzug ins Private, abnehmender gesellschaftlicher und politischer Partizipation sowie der Rückkehr zu traditionellen Werten. ⁽⁴⁾ Die Ergebnisse einer Studie über die Wahrnehmung des Radikalismus durch Jugendliche deuten darauf hin, dass junge Menschen in Kroatien Radikalismus eher auf der Werteebene als auf der Verhaltensebene angesiedelt sehen. ⁽⁵⁾ Gewalt und Terrorismus scheinen im Radikalismuskonzept dieser jungen Menschen eine sehr geringe Rolle zu spielen.

Dies spiegelt das allgemeine Gefühl gegenüber gewaltbareitem Extremismus und Radikalismus wider, das während der Studienreise beobachtet wurde. Diese Begriffe scheinen im öffentlichen Raum keine Rolle zu spielen. Die tiefen Gräben, die die traumatischen, verheerenden Erfahrungen des gewaltsamen Konflikts in der kroatischen Gesellschaft gerissen haben, werden anscheinend nicht in die Maßnahmen der opferorientierten Justiz einbezogen. Straftaten, deren Hintergrund gewaltbereiter Extremismus sein könnte, werden nicht als solche in der amtlichen Statistik erfasst, sondern als „Hassdelikt“, welche nicht näher spezifiziert wird:

„Es ist unmöglich, aus der offiziellen Statistik die Motivation [eines Hassdelikts] herauszulesen. Als Hassdelikt wird eine Straftat bezeichnet, wenn verschiedene Aspekte auf sie zutreffen, daher ist es ohne die Analyse der einzelnen Akte [...] nicht möglich zu erkennen, welche genaue Motivation bzw. ob Radikalisierung/gewaltbereiter Extremismus hinter dem entsprechenden Fall steckt.“ ⁽⁶⁾

Beispiele für Verfahren der opferorientierten Justiz in Kroatien und anderen europäischen Ländern

Opferorientierte Justiz oder opferorientierte Methoden (Elemente der opferorientierten Justiz) sind in der gesamten EU gängig. Dabei kann es sich um eine Entschädigung des Opfers durch den Täter bzw. die Täterin oder um Maßnahmen handeln, die verhindern, dass der Täter bzw. die Täterin künftig Schaden verursacht.

Die Initiativen können folgende Formen annehmen:

- Mediationsgespräche, durch die ein Dialog mit Elterngruppen und/oder allen Gruppen, die an einem Verbrechen beteiligt waren, angestoßen wird;
- Der Täter bzw. die Täterin übernimmt Dienste, die dem Opfer seiner bzw. ihrer Straftat oder der gesamten Gesellschaft zugutekommen (in letzterem Fall eine Art Zivildienst);

⁴ Präsentation des Instituts für Sozialforschung.

⁵ Präsentation des Instituts für Sozialforschung.

⁶ Ricijaš, N., Vukadin, I. K. & Hundrić, D. D. (2017). NATIONAL (PROJECT) REPORT-REPUBLIC OF CROATIA: Strengthening Juvenile Justice Systems in the counter-terrorism context: capacity-building and peer-learning among stakeholders (JUST-2015-JCOO-AG-TERR), S. 24.

- Mediation zwischen TäterIn und Opfer (Opfer-Täter-Mediation);
- Treffen zwischen Opfern bestimmter Arten von Straftaten und TäterInnen, die ähnliche Straftaten begangen haben

PRAGMA ist eine NRO mit Sitz in Zagreb. Zu ihren Hauptaufgaben gehört die Beratung von Eltern und Jugendlichen (einschließlich jugendlicher Straftäter). Die Arbeit in den Schulen konzentriert sich auf die Förderung von emotionaler Kompetenz, Zusammenhalt, psychischer Gesundheit und prosozialem Verhalten, die Prävention von Suchtverhalten sowie die Entwicklung eines Bewusstseins für die eigene Rolle als Staatsbürger. Eines der Ziele von PRAGMA besteht darin, die kroatischen ExpertInnen und Behörden für das potenzielle Problem einer Radikalisierung in Kroatien zu sensibilisieren. Den Aussagen der Sicherheitsbehörden zufolge sind die Bedrohung durch Terrorismus und gewaltbereiten Extremismus in Kroatien gering. Die Erfahrungen von PRAGMA auf diesem Gebiet beweisen jedoch, dass Jugendliche sehr wohl für radikale Programme empfänglich sind: Es existieren durchaus Fälle von Radikalisierung unter Jugendlichen. Zur Lösung des Problems der Radikalisierung bei jungen Menschen verfolgt die Organisation einen Ansatz, der auf Akzeptanz setzt.

PRAGMA könnte nach eigener Aussage bei entsprechendem Auftrag noch mehr junge Menschen, die von derartigen Problemen betroffen sind, erreichen. Leider sei es für NRO schwierig, finanzielle Mittel zu erhalten, insbesondere im Bereich der Prävention von gewaltbarem Extremismus.

Um zu veranschaulichen, wie Methoden der opferorientierten Justiz in Fällen politischer Gewalt in anderen europäischen Ländern umgesetzt werden, berichtete das Europäische Forum für opferorientierte Justiz (EFRJ) über die folgenden beiden inspirierenden Beispiele für Versuche der Umsetzung einer opferorientierten Justiz.

- Erfahrungen aus dem Baskenland. Im Jahr 2011 brachte ein Programm zur opferorientierten Justiz inhaftierte ehemalige Mitglieder der ETA und Opfer von durch die ETA verübten Gewaltverbrechen zusammen. Im Gefängnis wurden „indirekte“ Mediationen durchgeführt. Es handelte sich dabei um opferorientierte Begegnungen zwischen ehemaligen ETA-Mitgliedern und zufällig ausgewählten Opfern. Die Teilnahme war freiwillig und es wurde keine Verkürzung der Haftstrafe für sie in Aussicht gestellt. Für viele Opfer entsprang die Motivation teilzunehmen dem Bedürfnis, Hass und Angst abzubauen, „den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen“ und zur Heilung der Gemeinschaft beizutragen, aber auch, Antworten auf ihre Fragen zu finden.

Trotz der ermutigenden Ergebnisse wurde dieser spezifische Fall durch Hindernisse seitens der staatlichen Behörden bei der Umsetzung des opferorientierten Verfahrens erschwert: Eine Änderung der Regierungspolitik und die Beschränkung der Kommunikation mit Häftlingen erschwerten Teile des Prozesses.

- Erfahrungen aus Italien. In diesem Fall war das Verfahren der opferorientierten Justiz völlig informell. Nach zweijähriger Vorbereitungszeit trafen sich im Jahr 2007 ehemalige linke Terroristen, ehemalige Mitglieder der Roten Brigaden, Opfer und/oder Angehörige von Opfern sowie MediatorInnen und andere Interessengruppen. Obwohl dieser Kreis der opferorientierten Justiz mit nur neun Mitgliedern eröffnet wurde, zählte er schließlich mehr als 50 Mitglieder. Alle Gespräche und Zusammentreffen waren vertraulich und wurden über Jahre hinweg (in der Regel jeweils für die Dauer eines Wochenendes oder einer Woche) auf vollkommen freiwilliger Basis geführt.

Abgesehen von den eigentlichen Sitzungen zur opferorientierten Justiz verbrachten alle TeilnehmerInnen Zeit miteinander, um tägliche Aufgaben zu erledigen (Kochen, Geschirr spülen usw. und den gleichen Wohnraum teilen). Diese größere Nähe war ein Schlüsselfaktor, da sich die TeilnehmerInnen persönlich kennenlernten. Ehemalige StraftäterInnen erlangten ein besseres Verständnis für das Leid der Opfer und erkannten deren Viktimisierung an, während die Opfer die StraftäterInnen als Menschen kennenlernten und sie so nicht mehr auf die terroristischen Verbrechen reduzierten, die sie begangen hatten.

Obwohl es sich hierbei nicht um ein offizielles Verfahren der opferorientierten Justiz handelte, half diese von Werten der opferorientierten Justiz bestimmte Art der informellen Begegnung beiden Parteien, mit dem Geschehenen abzuschließen, und vermittelte ihnen das Gefühl der Herstellung von Gerechtigkeit.

Die Lehren aus beiden Beispielen können auf die kroatische Situation übertragen werden:

- Ansätze opferorientierter Justiz können bei Fällen schwerer Kriminalität trotz gesetzgeberischer oder anderer institutioneller Hindernisse dazu führen, dass die Betroffenen gestärkt werden und das Geschehene verarbeiten und ihren Frieden mit ihm machen.

- Ansätze opferorientierter Justiz könnten positive und ermutigende Ergebnisse liefern, nicht nur für die direkt von einer schweren Straftat betroffenen Personen (Opfer, TäterInnen), sondern auch für die Zivilgesellschaft, die Stabilität und den sozialen Zusammenhalt.

Wesentliche Erkenntnisse

Die zentralen Themen, die untersucht wurden, waren die Einführung und Umsetzung der opferorientierten Justiz in Kroatien, das Verfahren und die spezifischen Methoden der opferorientierten Justiz sowie die Frage, wie die opferorientierte Justiz in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen und insbesondere im Zusammenhang mit gewaltbereitem Extremismus Anwendung finden kann.

Einige praktisch Tätige in Kroatien arbeiten bereits an der Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus. Sie sind sich der Möglichkeit bewusst, in Fällen von gewaltbereitem Extremismus opferorientierte Justiz anzuwenden. Nach dem gewaltsamen Konflikt in den 1990er-Jahren wurden opferorientierte Methoden angewandt, und es war möglich, opferorientierte Verfahren aus dem Jugendrecht schnell auf andere Rechtsbereiche zu übertragen.

In der Arbeit mit gewaltbereitem Extremismus ist ein mehrdimensionaler Ansatz von entscheidender Bedeutung. Dies ist auch für opferorientierte Methoden wichtig: Die Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen müssen den Bedürfnissen von Opfern, TäterInnen und der Gemeinschaft gerecht werden, um einen vorteilhaften und nachhaltigen Prozessablauf gewährleisten zu können.

Die opferorientierte Justiz sollte sensibel auf die Bedürfnisse der Opfer eingehen und sich darauf konzentrieren, den Heilungsprozess zu unterstützen. Opferorientierte Methoden können die Opfer stärken, ihnen die Möglichkeit geben, sich sinnvoll in den Prozess einzubringen, Vertrauen zu gewinnen und mit dem, was ihnen widerfahren ist, abzuschließen. Auch den TäterInnen wird die Möglichkeit geboten, die Opfer als Menschen wahrzunehmen, was zu einer Rehumanisierung der Opfer führt. ⁽⁷⁾

Es ist schwierig, genau zu definieren, was eine opferorientierte Justiz ausmacht. In vielen opferorientierten Methoden, die in der EU zum Einsatz kommen, werden Elemente der opferorientierten Justiz angewandt, um unterschiedliche Ziele zu erreichen. Eine wichtige Leitlinie, die von jedem EU-Mitgliedstaat angenommen werden sollte, ist die „Recommendation CM/Rec (2018) of the Committee of Ministers to Member States concerning restorative justice in criminal matters“ (Empfehlung CM/Rec (2018) des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über opferorientierte Justiz in Strafsachen).⁽⁸⁾

Eine sorgfältige Berücksichtigung der Geschichte und der gesellschaftlichen Merkmale jedes Landes sowie der jeweiligen Gesamtsituation ist für die Umsetzung der opferorientierten Justiz von entscheidender Bedeutung.

Diese Fragen sind für die Diskussion relevant und müssen in künftigen Sitzungen zum Thema „opferorientierte Justiz“ aufgeworfen werden. Die Ergebnisse dieser Studienreise werden im Rahmen des nächsten Treffens der Arbeitsgruppen zur opferorientierten Justiz (Dublin, 3. und 4. Dezember) erörtert, in dessen Verlauf die praktisch Tätigen Leitlinien für die Umsetzung (von Elementen) der opferorientierten Justiz erarbeiten werden.

⁷ Gavrielides, T. (2007). *Restorative justice theory and practice: addressing the discrepancy*. Helsinki: European Institute for Crime Prevention and Control, angegliedert an die Vereinten Nationen (HEUNI) (S. 197 - 198). Abgerufen von https://www.peacepalacelibrary.nl/ebooks/files/HEUNI_8oiteshk6w.pdf

⁸ Recommendation CM/Rec(2018)8 of the Committee of Ministers to Member States concerning restorative justice in criminal matters (Angenommen durch das Ministerkomitee am 3. Oktober 2018 beim 1 326. Treffen der Stellvertretenden Minister). 3. Oktober 2018. Abgerufen von https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=09000016808e35f3

Erkenntnisse der TeilnehmerInnen

„Opferorientierte Justiz kann überall stattfinden, und verschiedene Methoden können funktionieren. Opferorientierte Justiz ist nicht für jeden geeignet, aber jeder sollte Zugang dazu haben.“

„Obwohl opferorientierte Justiz im Zusammenhang mit gewaltbareitem Extremismus möglich ist, darf sie nicht an die Stelle eines Gerichtsverfahrens treten – es muss eine Bestrafung des Täters erfolgen, und erst danach kann ein Verfahren der opferorientierten Justiz durchgeführt werden.“

„Opferorientierte Justiz sollte immer Opfer, Täter und Gesellschaft einbeziehen. Das fehlt oft.“

„In anderen Mitgliedstaaten der EU ist die Mediation zwischen Opfern und Tätern freiwillig, und die Mediatoren werden nicht professionell ausgebildet. Es ist gut zu sehen, dass dies in Kroatien anders ist.“